



LANDESMUSIKRAT
BERLIN

PRESSEMITTEILUNG

Parteien-Hearing des Landesmusikrates Berlin zum Thema „Musikalische Bildung in Berlin“

Zum Tag der Musik hatte der Landesmusikrat Berlin zum Parteien-Hearing ins Berliner WissenschaftsForum geladen. Thema der Diskussionsrunde war die „Musikalische Bildung in Berlin“, alle Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus hatten Vertreter aus den Bereichen Kultur- und Bildungspolitik entsandt.

Am Parteien-Hearing nahmen teil:

- **Oliver Schruoffeneger** (Haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- **Michael Braun** (Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion)
- **Katrin Framke** (für DIE LINKE, parteilos; Bezirksstadträtin Lichtenberg für Kultur und Bürgerdienste)
- **Björn Matthias Jotzo** (Sprecher für Inneres und Haushaltspolitik der FDP-Fraktion)
- **Christian Gaebler** (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus - kurzfristig verhindert)

Der Landesmusikrat Berlin hatte im Vorfeld des Hearings und im Hinblick auf die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 einen umfangreichen Fragen- und Forderungskatalog versandt, den alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses beantworteten. Die „**Wahlprüfsteine 2011**“, welche die Fragen, Forderungen sowie Stellungnahmen enthalten, veröffentlicht der Landesmusikrat auf seiner Homepage: www.landesmusikrat-berlin.de.

Grundlage des Hearings bildeten die Schwerpunkte der Wahlprüfsteine, in einer angeregten Gesprächsrunde unter Beteiligung des Auditoriums wurden die Fragen zur Musikalischen Bildung von den Parteien-Vertretern teilweise kontrovers diskutiert:

Die Vertreter aller Parteien sprachen sich dafür aus, dass Musik zur Grundausstattung der Bildung gehört und deren Förderung staatliche Aufgabe ist.

Die vom Landesmusikrat geforderte kostenlose Überlassung von öffentlichen Räumen bzw. Einrichtungen wie beispielsweise Schulen für Proben der Laienensembles wurde von den Parteien mit Ausnahme des FDP-Vertreters, Björn Matthias Jotzo, unterstützt, die SPD hält



laut schriftlicher Stellungnahme eine Rahmenvereinbarung mit Verbänden wie dem Landesmusikrat für denkbar, Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90/Die Grünen) hielt dafür eine gesetzliche Regelung für notwendig.

Im Vorschulbereich fand eine Verbesserung der Musikalischen Bildung in der Kita-Praxis und in der Ausbildung breite Unterstützung, besonders bei Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90/Die Grünen) und Katrin Framke (Die Linke), während Michael Braun (CDU) dabei auch auf den ehrenamtlichen Einsatz von Senioren setzt.

Den Abbau des Musikunterrichts in der Schule kritisierten alle, Michael Braun (CDU) sprach sich für zweistündigen Musikunterricht in allen Klassen der Sek 1 aus.

Die prekäre Lage der Musikschulen wurde ebenfalls von allen Fraktionsvertretern gesehen, einschließlich einer besseren Bezahlung der Lehrkräfte.

Für die Umsetzung des vom Senat beauftragten Kommissionsberichts zur Entwicklung der Musikschulen (und Volkshochschulen) traten Grüne, Linke und CDU ein, während die SPD laut schriftlicher Stellungnahme für die eingehende Diskussion der Resolution „Zur Zukunft der kommunalen Musikschulen“ plädiert. Die Grünen treten für ein Kulturförderungsgesetz insgesamt ein.

Der Landesmusikrat Berlin wertet die Stellungnahmen und Antworten dieser Diskussion sowie der Wahlprüfsteine aus. Die Ergebnisse werden eine konkretisierte Diskussionsgrundlage für Reaktionen auf die Musikpolitik vor und nach der Wahl sein.

Berlin, 21. Juni 2011